



Der Bund prüft Rückzug bei der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien der Länder



Landesvorsitzender Andreas Grün

Über den Nachrichtendienst Reuters ist die Information verbreitet worden, dass der Bund den Stopp der Zahlungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder prüfen soll.

Die zwischen Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsabkommen gewährleisten eine einheitliche Organisation und Gliederung sowie eine kompatible Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder. Der Bund stattet die Bereitschaftspolizeien der Länder mit Führungs- und Einsatzmitteln aus. Die Länder müssen innerhalb ihrer Polizei organisatorisch selbstständige Einheiten der Bereitschaftspolizei vorhalten. Die Größenordnung liegt aktuell bei ca. 15 900 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB).

Die Bereitschaftspolizei Hessen hat derzeit auf dem Papier ca. 1000 PVB in den Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten, den Einsatzeinheiten inklusive einer Technischen Einsatzeinheit am Standort Mühleheim am Main.

Derzeit unterstützen ca. 80 Kolleginnen und Kollegen der HBP dauerhaft den polizeilichen Einzeldienst.

Nach unseren Informationen besteht schon jetzt ein hohes Finanzierungsdefizit seitens des Bundes gegenüber dem Land Hessen. Insbesondere die Fahrzeugflotte konnte in den zurückliegenden Jahren nicht mehr an den gegenwärtigen Standard der Dienstkraftfahrzeuge bei der hessischen Polizei angepasst werden. In mehreren Berichten an das Landespolizeipräsidium wurden diese Missstände in den zurückliegenden Jahren mitgeteilt. Im Bereich der dringend benötigten und einsatztaktisch notwendigen Halbgruppenfahrzeuge ist mittlerweile ein Defizit festzustellen. Dieses schlägt sich insbesondere in einem hohen Reparaturaufwand einerseits und andererseits im entsprechenden Alter der Fahrzeuge mit sehr hohen Laufleistungen nieder. Zudem fehlen alleine im Soll-Ist-Vergleich der Gruppenfahrzeuge mindestens zehn Fahrzeuge. Dies entspricht einem messbaren Finanzvolumen von rund 600 000 Euro.

Die Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder sind unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland und damit einhergehend auch für Hessen. Die Gründe für den unverständlicherweise immer weiter durchgeführten Personalabbau und weiteren finanziellen Einschnitten in den Polizeihauhalten sind der Föderalismusreform II sowie der Schuldenbremse geschuldet. Der Spruch „Durch die Schuldenbremse wird die Polizei ausgebremst!“ trifft leider immer mehr zu.

Die Sicherheitslage trägt keine Verteilungskämpfe zwischen Bund und Ländern, insbesondere kein Konkurrenzverhalten der Länder untereinander.

Die Unterfinanzierung der Inneren Sicherheit und damit der Polizei muss endlich konsequent beendet werden.

Im Konzert der hessischen Polizei benötigen wir eine gut qualifizierte und hervorragend ausgestattete Bereitschaftspolizei, die mit modernen Einsatzmitteln ausgestattet ist. Hinzu kommt, dass die in den geschlossenen Einheiten eingesetzten Kolleginnen und Kollegen die besten Körperschutzausstattungen sowie qualitativ und in der Anzahl ausreichende Einsatzbekleidung zur Verfügung gestellt bekommen müssen.

Das Land Hessen darf bei den anstehenden finanzpolitischen Entscheidungen keine weiteren Einsparungen im Bereich der Polizei akzeptieren. Das noch immer geltende Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern erfordert auch eine finanzielle Verlässlichkeit, auf die die Bundesländer bauen können. Finanzielle Einsparmaßnahmen des Bundes zum Nachteil der Bereitschaftspolizeien der Länder verstoßen aus unserer Sicht auch gegen den Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Dort heißt es unter Ziff. 5.1 u. a.:

„Wir wollen die Bundespolizei als kompetente und effektive Strafverfolgungsbehörde stärken, **gut qualifizierte und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten** und die Einsatzmittel der Bundespolizei modernisieren.“

Die Tatsache, dass die hessische Bereitschaftspolizei die AG Taurus personell bis Juli 2014 stark unterstützt hat, macht deutlich, dass die hessische Polizei für die immer mehr zunehmenden Kriminalitätsphänomene eine kompetente und gut ausgestattete Bereitschaftspolizei benötigt.

Die GdP Hessen hat mit Innenminister Peter Beuth die Problematik um die in Rede stehenden Kürzungen des Bundes bei den Bereitschaftspolizeien der Länder erörtert und auf die besondere Bedeutung der möglichen Auswirkungen hingewiesen.

Andreas Grün



Polizei ist mehr wert!

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Dieses wird in der Hauptaufgabe von der Polizei wahrgenommen und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus.

Ebenso wurden von der schwarz/grünen Regierungskoalition neue Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit formuliert, die jedoch ohne zusätzliches Personal nicht zu realisieren sind.

Um diese Aufgabe auch zukünftig zur Zufriedenheit aller bewältigen zu können, gibt es aus Sicht der GdP Forderungen an den kommenden Landeshaushalt.

Neue Aufgaben erfordern auch neue Planstellen

Mit der Erhöhung der Einstellungszahlen begegnete die Landesregierung dem in den zurückliegenden Jahren nachweisbaren Stellenabbau. Dies kann jedoch die bestehenden Personalvakanzen bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich nicht kaschieren.

Auch die Festschreibung der Vollzugspolizei auf 13 764 Planstellen stellt nach Ansicht der GdP eine willkürliche Festlegung dar und wurde ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung getroffen.

Hinzu kommt die von der schwarz/grünen Landesregierung beschlossene Einsparung von 1800 Planstellen in der Landesverwaltung. Die dabei auf den Polizei bereich entfallenden Planstellen können nicht durch Umstrukturierungen kompensiert werden und führen zwangsläufig zu einer weiteren Personalverdichtung bei den Beschäftigten. Das kann nach Ansicht der GdP nicht sein.

Nach der PVS im Jahre 2005 ist dies ein weiterer, erheblicher negativer Eingriff in den Personalbestand der Polizei.

Die GdP-Forderungen sind:

- Die Beibehaltung der linearen und kontinuierlich hohen Ausbildungsrate, die sicherstellt, dass unter Einbeziehung derer, die vorzeitig das Studium/die Ausbildung beenden, die Pen-

sionierungen/vorzeitigen Abgänge 1:1 ersetzen.

- Der im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNE festgeschriebene Stellenabbau von 1800 Stellen und die damit beschlossene Verteilung auf den Polizeibereich muss zurückgenommen werden. Die ständig neuen Aufgaben, die die Polizei zu erledigen hat, lässt eine Stellenstreichung nicht zu, zumal die Folgen der PVS immer noch negative Auswirkungen bei der Polizei haben.
- Die von der schwarz/grünen Landesregierung vereinbarten neuen Aufgabenschwerpunkte (wie z. B. Bekämpfung der Cyberkriminalität und des Wohnungseinbruchdiebstahls) kann die hessische Polizei mit dem vorhandenen Personal nicht wahrnehmen. Nach Einschätzung der GdP sind dafür deutlich mehr als 50 zusätzliche Vollzugsplanstellen erforderlich. Dabei ist zu bedenken, dass hier ein Ausbildungszeitraum von dreieinhalb Jahren einzuplanen ist. In der Zwischenzeit können die von der Koalition vereinbarten Aufgabenschwerpunkte weder durch Arbeitsverdichtung noch durch Anordnung von Mehrarbeitsstunden erledigt werden.

Berufliche Perspektiven und Zulagen

Die im Zuge des ersten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes zu verzeichnende Erhöhung der Lebensarbeitszeit trägt den besonderen Belastungen des Polizeiberufs mit seinen verschiedenen Facetten in Gänze keine Rechnung. Der mit dieser Regelung eng korrelierende demografische (Negativ-)Trend innerhalb der Polizei setzt sich nicht nur fort, sondern schränkt die Zukunftsperspektiven, insbesondere die Aufstiegschancen und Beförderungsmöglichkeiten für alle Polizeibeschäftigten erheblich ein.

Verstärkend wirkt auch die Verwirklichung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeiberuf. Die Mehrzahl der Beamten/-innen befindet sich in der Besoldungsgruppe A 10 und Aufstiegschancen sind so gut wie keine vorhanden. Das Hebungsprogramm

von Innenminister Rhein mit Schwerpunktsetzung auf Beförderungen in die Besoldungsgruppe A 10 hatte keine strukturellen Verbesserungen zur Folge, sondern verlegte den Beginn der weiteren beruflichen Perspektivlosigkeit um Jahre nach vorne.

Die GdP-Forderungen sind:

- Die konsequente Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen im gehobenen und im höheren Dienst der Polizei. Darüber hinaus sind auch im Tarifbereich Höhergruppierungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Das Zulagenwesen darf in diesem Zusammenhang nicht länger abgekoppelt bleiben. Die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) ist längst überfällig.
- Eine Erhöhung der gewährten Zulagen für besondere Tätigkeiten und Verwendungen ebenso auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sind mehr als überfällig.

Wochenarbeitszeit

Die Erhöhung der gestaffelten Lebensarbeitszeit auf bis zu 42 Std./Woche hat nicht den erhofften Zweck erbracht. Aber auch die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) und die dadurch bis dato angesparten Stunden stellen die Polizei bereits heute und vermehrt in Zukunft vor unlösbare Aufgaben. In 24 Monaten hat ein/e unter 50-jährige/r Beamter/-in für sechs Wochen Freizeitausgleich abgespart. Die Freizeithasen müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden, wodurch diese wieder über Gebühr belastet werden.

Die GdP-Forderung ist:

- Die sofortige Einführung der 40-Std.-Woche für den Tagesdienst und die Einführung der 38,5-Std.-Woche für den Schicht- und Wechselschichtdienst (Regelung analog des TH-H).

Überleitung in die neuen Erfahrungsstufen

Bei der Umsetzung des DrModG II kommt es bei der Überleitung in



HAUSHALTSFORDERUNGEN DER GdP

die neuen Erfahrungsstufen zu langfristigen Nachteilen für viele Polizeibeamten/-innen.

Die GdP-Forderung lautet:

- Bei den Polizeibeamtinnen und -beamten, die durch die Überleitung in die neuen Erfahrungs-

stufen langfristig Gehaltseinbußen hinnehmen müssen, sind gesetzgeberische Korrekturen vorzunehmen.

Auch vor dem Hintergrund einer verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse darf der Bereich

der Inneren Sicherheit nicht erneut zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden. Die Schuldenbremse darf nicht Alibi für (versteckte) Sparmaßnahmen sein!

gdp/eg

GdP traf sich mit Innenminister Peter Beuth

Aktuelle Polizeithemen wurden erörtert.

In der zweiten Septemberwoche trafen sich Mitglieder des geschäftsführenden GdP-Landesvorstandes mit Innenminister Peter Beuth zum Gespräch.

In dem Gespräch wurden aktuelle Polizeithemen wie:

- Wegfall von Stellen bei der Polizei,
- Beihilfe,
- Höhergruppierungsanträge der Wachpolizei,
- Liegenschaften der Bereitschaftspolizei,
- Finanzierung der Bereitschaftspolizei durch den Bund und
- Kampagne „Keine Gewalt gegen Polizeibeamte“ erörtert.

In puncto Wegfall von Planstellen und Beihilfe erläuterten beide Parteien ihre Sichtweisen. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass insbesondere der Wegfall von Stellen nicht durch eine Arbeitsverdichtung bei den verbleibenden Beschäftigten aufgefangen werden kann. Eine Aufgabenpriorisierung wird unumgänglich sein. Auch die im Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Aufgabenfelder für die Polizei sind, nach Auffassung der GdP mit dem vorhandenen Personal nicht leistbar.

Innenminister Peter Beuth wurde gebeten, den Wachpolizistinnen und -polizisten, die bereits vor Monaten Höhergruppierungsanträge auf Grundlage des Hamburger Urteils zum „Streifengang“ gestellt haben, endlich einen Zwischenbescheid zukommen zu lassen. **Die Beschäftigten müssen wissen, wo sie dran sind.** Es ist für die Beschäftigten unbefriedigend, wenn sie seit Monaten die Auskunft erhalten, die Anträge seien derzeit in der Prüfung.



Lothar Hölzgen, Innenminister Peter Beuth, Andreas Grün, Ewald Gerke

Die staatsvertraglich vereinbarte Finanzierung der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder möchte der Bund gerne zulasten der Länder beenden. Der bereits jetzt schon überalterte Fahrzeugpark der hessischen Bereitschaftspolizei müsste dann auf Kosten des Landes erneuert werden, was eine erhebliche Belastung des Polizeihaushaltes bedeutet. Dies wird dann an derer Stelle zwangsläufig zu Einsparungen führen! Die GdP hat hierzu eine Unterstützungsaktion der Länderinnenminister initiiert, damit der Bund auch weiterhin seinen vertraglichen Pflichten nachkommen muss. Man kann die Ausstattung der Bereitschaftspolizeien nicht jahrelang vernachlässigen und, wenn es nicht mehr geht, das Problem der Aktualisierung auf die Länder abdrücken.

Der Verein „Keine Gewalt gegen Polizisten“ (www.KGGP.de) hat eine präventive Aktion ins Leben gerufen, die sich an Eltern richtet, damit sie die Polizei den Kindern

gegenüber nicht als „böser Onkel“ bezeichnet, sondern als Vertrauensperson, zu der man jederzeit hilfesuchend gehen kann. Für Innenminister Peter Beuth ist diese Aktion eine gute präventive Maßnahme, um zukünftig Gewalt gegen Polizisten entgegenzuwirken.



Der Startschuss ist gefallen – neue Seminare der GdP Hessen

Seminar „Gesundes Führen“ in Zella



Die Teilnehmer des Seminars mit Susanne Jud

In Marburg habt ihr uns (Peter Wittig und Stefan Rüppel) als neue Verantwortliche des GLBV in Hessen den Auftrag gegeben, uns um die Bildungsarbeit der GdP zu kümmern.

Nach intensiver Prüfung und dem Zusammentragen der Ideen von Euch haben wir einen „bunten Strauß“ an Seminaren für Euch aus den verschiedensten Bereichen zusammengestellt.

Das erste Seminar im Juni wurde von Susanne Jud in Zella unter dem Motto „Gesundes Führen“ für den höheren Dienst und Führungspositionen des gehobenen Dienstes in der hessischen Polizei angeboten. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die dieses für sie völlig kostenfreie Seminar gebucht hatten, waren für zwei Tage „all in“ im Landgasthaus Zella bei guter Verpflegung in Einzelzimmern untergebracht.

Nach einer kurzen Begrüßung der Teilnehmer durch den Landesvorsitzenden Andreas Grün und den Bildungsbeauftragten Stefan Rüppel übernahm Susanne Jud (Sport und Businesscoach) das Seminar und legte auch gleich los.

Der Vormittag verging wie im Fluge mit den Themen „Die Führungskraft als Vorbild“, „Positive Auswirkungen des gesunden Führens auf den Krankenstand der Mitarbeiter“

und einer konstruktiven Gesprächsrunde, die durch ein exzellentes Mittagessen unterbrochen wurde.

Am Nachmittag ging es dann sogleich sportlich weiter. Wer große Schnitzel essen kann, musste hier nach noch seine Fitness unter Beweis stellen. Es wurden hier die eigene Balance, das Kräftigen der Rückenmuskulatur mit Therapiebändern, Liegestütze an einem nahen Brückengeländer, Bauch-, Bein- und Rückentraining an einer Parkbank, Dehnübungen und leichtes Lauftraining durchgeführt. Nach diesen sportlichen Aufgaben hatten sich

alle Teilnehmer das Abendessen redlich verdient.

Der nächste Tag startete mit einem kurzen Aufwärmtraining mit Bewegung für den Kopf. Thema war mentale Stärke – mehr Energie durch innere Balance. Diese Übung erforderte einen klaren Geist.

Nachmittags wurde dann das Thema Kommunikation ausgiebig behandelt. Stichworte sind hier: Sender & Empfänger, Mimik & Gestik sowie Körpersprache. Den bewussten Umgang mit dem Gegenüber herstellen, wertschätzende Gespräche führen und gemeinsame Ziele formulieren sowie ein positives Feedback geben.

Mit dem Fazit „Durch gesundheitsgerechten Führungs- und Kommunikationsstil wird die Zufriedenheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter unterstützt“, wurde das Seminar abgeschlossen.

Hier noch ein Tipp für alle Kolleginnen und Kollegen, die an einem GdP-Seminar Interesse haben: Ihr findet die aktuellen Seminare auf der GdP-Homepage am rechten Rand. Dort ist eine Hessenkarte mit den Bildungsangeboten hinterlegt. Wenn Ihr hier draufklickt, könnt Ihr vom Rechner auf der Dienststelle wie auch zu Hause die freien Seminare direkt buchen.

Für die GdP-Seminare wird grundsätzlich vom Dienstherrn Dienstbefreiung gewährt. Macht mit und meldet Euch an!

Stefan Rüppel



Führungskräfte im Austausch



Er liebte die Teamarbeit im Wechseldienst

Michael Schweikert ging nach 36 Jahren vorzeitig in den Ruhestand.

„Meine schönste Zeit war die Teamarbeit im Wechseldienst“, bekannte jetzt Michael Schweikert, der aus gesundheitlichen Gründen Ende September vorzeitig in den Ruhestand ging und aus der Hand von Polizeipräsident Gosbert Dölger die Pensionierungsurkunde entgegennahm.

Im Oktober 1978 kam Michael Schweikert mit 16 Jahren zur Polizei (Rotkäppchen-Ausbildung haben wir das seinerzeit genannt) und wurde in Kassel ausgebildet. Dort wurde er während der Weiterbildung auch zu Großeinsätzen in Brokdorf und Gorleben abkommandiert. 1981 absolvierte er mit Erfolg den HAL und wurde anschließend in die Mudra-Kaserne in Mainz-Kastel versetzt. Hier erlebte er als Einsatzbeamter alles, was mit dem Bau der berühmten „Startbahn-West“ in Frankfurt zusammenhing, vom ersten Spatenstich bis zum Start des ersten Flugzeugs.

Seine Vielseitigkeit bewies Michael Schweikert in den Jahren 1984/85 bei der Funkzentrale des RP Darmstadt. Da musste er noch mit Lochstreifen arbeiten. 1985 wechselte er dann zur Polizeistation Bensheim, wo er ab 1989 als Hundeführer arbeitete. Später führte er dann auch noch einen Sprengstoff-Such-Hund. Zwischenzeitlich hat er geheiratet, seine Pina, und das Paar bekam zwei Kinder. Michael weiß aber heute nicht mehr, ob in der Reihenfolge zuerst „Schappi“ oder „Milupa“ war.

Aktiv in der GdP und im Personalrat

Als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bergstraße und Mitglied im GdP-Bezirksgruppenvorstand wurde Michael Schweikert 1996 in den Personalrat der Polizeidirektion Bergstraße in Heppenheim gewählt. Im Jahr 2000 folgte die Freistellung als Vorsitzender. Im Zuge einer der vielen Polizeireformen erfolgte die Auflösung des bisher selbstständigen Personalrats. Dann wurde Michael Schweikert 2001 Mitglied des neuen Personalrats beim Polizeipräsidium Darmstadt. Man wählte ihn zum stell-

vertretenden Vorsitzenden. 2004 folgte er Norbert Weinbach als Vorsitzender, ebenfalls mit Freistellung. Bis zum Jahr 2012 war er der jüngste freigestellte Personalratsvorsitzende der Polizei in Hessen. Das Amt hatte er bis zu seiner Pensionierung inne. Seit September 2012 musste er den Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen ruhen lassen, im Dezember 2013 gab er den Vorsitz im Personalrat zurück bis er 2014 pensioniert worden ist und somit auch das Mandat im Gremium Personalrat endete. Da war er 36 Jahre lang im Polizeidienst beschäftigt.

„Michael verstand es gut, in richtigen Momenten den Nagel auf den Kopf zu treffen! Michael war aus Überzeugung Personalrat und Gewerkschafter. Ihm war es wichtig, der Belegschaft eine starke Stimme zu geben. Er verstand es, die Probleme ohne große Abschweifungen beim Namen zu nennen, und forderte Besserung ein, ohne Rücksicht auf seine Person zu nehmen. Seine Arbeitstage

waren selten unter zehn Stunden, so dass es oft vorkam, dass private Dinge hintenangestellt wurden. Insgesamt blicke ich mit Michael auf interessante, spannende und schwierige sieben Jahre Personalrat zurück!“, so Antonio Pedron. Ihm war es eine Ehre, das Weinpräsen des Personalrates zur Pensionierung zu überreichen, welches Michael selbst vor Jahren für den Personalrat ins Leben gerufen hatte, wenn Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen. Die GdP dankt ihm ausdrücklich für sein vorbildliches Engagement im Personalrat und für die GdP.



Der Personalratsvorsitzende Toni Pedron (rechts) überreichte Michael Schweikert zum Abschied ein Weinpräsen des Personalrates.

Text: NW, Bild: Thomas Raaf



Vorsicht: Posse oder Glosse!

Hallo liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr kennt mich schon. Ich heiße mit Nachnamen Fritz und bin Polizeiobermeister, also POM Fritz. Ich werde auch niemals befördert, weil das ja keinen Sinn ergäbe. Ich schreibe ab und zu mal in den GdP-Publikationen, wenn mir mal wieder was unter den Nägeln brennt.

Im letzten Nachtdienst haben wir über die Schuldenbremse in der Dienstgruppe diskutiert. Da hat unser Robert, der nächstes Jahr mit 61 Jahren in den Ruhestand gehen darf, weil er ein Jahr verlängern musste, damit seine letzte Beförderung nach A 11 auch „ruhegehaltstauglich“ werden konnte, aus polizeilicher Vergangenheit berichtet. Ich war damals noch Polizeimeister im benachbarten Baden-Württemberg und habe natürlich sofort wissen wollen, was sich denn hier in Hessen abgespielt hat.

Robert sagte, dass Hessens „brutalstmöglicher“ Sparer angetreten war, den selbst verschuldeten und hinabgewirtschafteten Landeshaushalt „zu sanieren“. Selbstredend waren damals dafür die in Berlin regierenden Bundesregierungen verantwortlich.

Zuvor wurden aber auch in Hessen „verfassungswidrige Haushalte“ verabschiedet. Höhepunkt war dann die Anschaffung des „Monsters“ SAP! Hierzu wurden nach vorsichtigen Schätzungen mittlerweile über 700 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln investiert, um die SAP-Funktionalitäten an die Erforderlichkeiten bei der Landesverwaltung anzupassen.

Als damals dann alles nichts mehr nutzte, wurde schnell das sogenannte Zukunftssicherungsgesetz im Rahmen der Operation Sichere Zukunft verkündet. Mit bekanntem Ausgang für die hessischen Polizeibesetzten: 360 Vollzugsstellen und 600 Tarifstellen wurden ersatzlos gestrichen. Dieter, ein damaliger Mitstreiter im Personalrat und in der GdP, brachte es auf den Punkt: „Dass es da an der einen oder anderen Stelle zu personellen Engpässen kam, nahm er (Anmerkung: „brutalstmöglicher Sparer“) in Kauf – nach dem Motto: viel Feind', viel Ehr'.“

Auch in der Verwaltung wurden Stellen abgebaut, sozialverträglich über die PVS abgeschoben und bei der Polizei die Beförderungsmöglichkeiten kräftig gestutzt.

Den Beschäftigten wurden Perspektiven genommen, Höhergruppierungen

wurden hartnäckig verwehrt. Mit einer nie dagewesenen Härte führte dann die Regierung unter Ministerpräsident Roland Koch flugs noch längere Arbeitszeiten ein (42 Stundenwoche), „kochte“ das Weihnachtsgeld ein und das ohnehin den „faulen“ Beamtinnen und Beamten nicht zustehende Urlaubsgeld wurde „gestrichen“!

Es folgte der weitere Versuch, durch den Verkauf landeseigener Immobilien den maroden Haushalt zu retten.

Prachtbauten, wie beispielsweise Polizeipräsidien, wurden sprichwörtlich „verkloppt“, man nannte das aber betriebswirtschaftlich „sell and lease back“!

„Mit der Folge“, sagt Robert, „dass unsere Kinder und Enkel dann auf ewig teure Mieten dafür an Investoren zahlen müssen!“

Ach ja, das Ding mit der Eigenbudgetierung ist noch erwähnenswert, berichtet Robert weiter. Diese fiel aber in manchen Polizeibehörden damals so knapp aus, dass dort Liegenschaften nicht mehr umfassend und zeitnah instand gehalten werden konnten. Wer Glück hatte und dort, wo der Hessentag stattfand, der konnte sich darauf verlassen, dass auch die mittlerweile ungepflegten Polizeiliegenschaften aufgemotzt wurden, erinnert sich Robert.

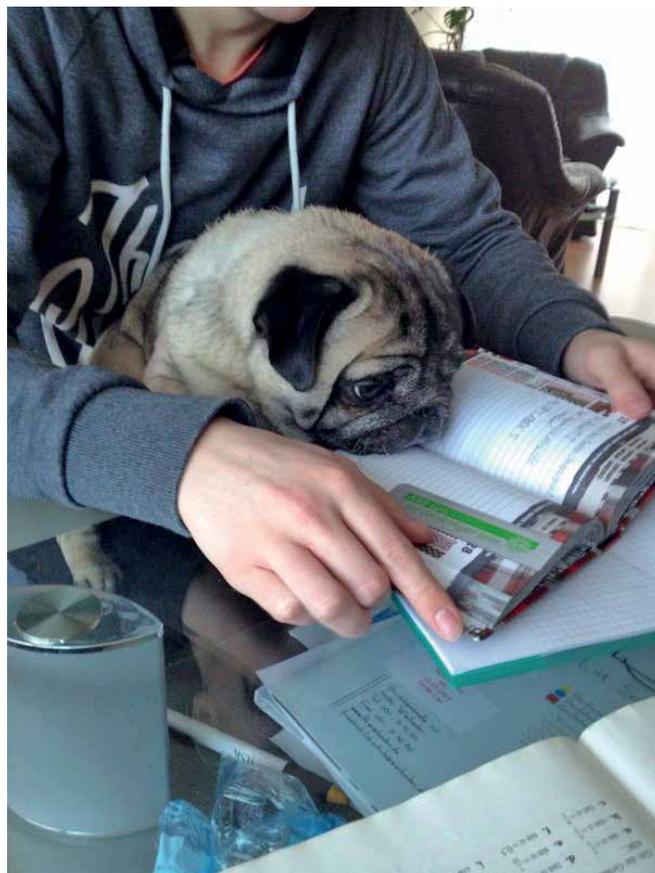
Das Hessische Immobilienmanagement (HI) trat in Folge an, die bis dahin selbst verwalteten Gebäude entgeltlich zu „verwalten“ und auch den Reinigungsdienst zu übernehmen. Heute wissen wir, dass das HI in Zeugnisnoten eher eine fünf plus als eine vier minus im jährlichen Notendurchschnitt für seine Leistungen

im Bereich der Polizei verdient hat.

„Ach so“, entgegne ich. Daher erklärt sich also auch die teilweise schlechte Stimmung, die ich im Jahr meiner Versetzung (2009) nach Hessen in der damaligen Dienstgruppe erlebt habe.

Perspektivlosigkeiten, Beförderungstaus und unsägliche Arbeitszeiten trugen wohl auch dazu bei, beginne ich zu verstehen.

Wie sieht es heute aus? Ich ahne schon, was kommt! Der öffentliche Dienst, mit seinen gut alimentierten „Faulenzern“, ist mit dafür verantwortlich, dass die Ziele der einzuhaltenden Schuldenbremse in Gefahr geraten. Sprudelnde Steuereinnahmen und nie dagewesene Gewerbesteuern können das nicht ausgleichen, was Pensionen und Beschäftigungsentgelte „auffressen“. „Da fallen doch die Diätenerhöhungen gar nicht ins Gewicht, die schnell vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet wurden“, sagt Robert.



Doppeltes Lesezeichen



NEUES VON POM FRITZ

Die Sparfuchse der Regierungskoalition haben im Koalitionsvertrag einiges festgehalten. Der Stellenabbau in der Landesverwaltung ist manifestiert, 1800 Stellen werden bis 2019 ersatzlos gestrichen.

Sind damit einhergehend auch alle Perspektiven einer Höhergruppierung obsolet? War nicht noch im letzten Jahr ein Hebungsprogramm in Aussicht gestellt worden?

Robert weiß darauf auch keine Antwort.

Mich graust vor dem Gedanken, dass mit Blick auf die von Robert eingangs beschriebene Historie erneut Par-

allelen aufkommen werden. Liegenschaften können wir nunmehr nicht mehr verkaufen, stelle ich lakonisch fest, die lukrativen sind schon alle „verscherbelt“.

„Aber wer meint, dass man nicht noch weiter kreativ sparen kann, der irrt sich“, entgegnet mir Robert!

Wie er gehört hat, heißt das neue Zauberwort „Entmietung“. Das geht so: Man stellt fest, dass bei gleichzeitigem, auslaufendem Mietvertrag die „horrenden Mietkosten“ gedeckelt werden müssen. Also teilt man die Liegenschaft in zwei Teile: einem zu entmietenden und einem weiterhin anzu-

mietenden Teil. Damit lässt sich eine Menge Geld sparen, den Finanzminister freut's! Die Beschäftigten rücken einfach enger zusammen, das fördert auch die Gemeinschaft. Mir, dem noch immer einfachen Schutzmann, treibt es die Tränen in die Augen: Waren nicht die Verkäufe und Rückmietungen verantwortlich dafür, dass die Kosten für „Mieten“ durch die Decke gingen?

Jedenfalls, das sagt auch der Robert, ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Da wird mir angst und bange ...

Euer POM Fritz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit einiger Zeit ist die Junge Gruppe Hessen per E-Mail direkt für euch erreichbar.

Wenn ihr Fragen, Probleme, Anfragen oder bei uns mitmachen möchtet, meldet euch einfach bei uns:



hessen@gdp-jg.de

Wir würden uns freuen, von euch zu hören und ihr erhaltet schnellstmöglich Antwort von uns.

Gruß

Jochen Zeng,

Landesjugendvorsitzender

GdP TRAUERT UM ...

Christian Krämer allzu früh verstorben

Die GdP Osthessen trauert um Christian Krämer. Mit tiefer Trauer haben wir Anfang August die Nachricht vom Tod unseres Wachpolizisten Christian Krämer erhalten, der mit nur 35 Jahren den Kampf gegen seine heimtückische Krankheit verlor.

Christian Krämer war als Wachpolizist bei der Polizeistation Fulda eingesetzt. Wir lernten ihn als engagierten und sympathischen Menschen kennen, der stets hilfsbereit, pflichtbewusst und motiviert seinen Dienst

versah. Wir haben nicht nur einen Kollegen, sondern auch einen Freund allzu früh verloren.

Unser aller Mitgefühl gilt seiner Lebensgefährtin, seinen Freunden sowie allen Angehörigen. Unter großer Anteilnahme fand seine Beisetzung Mitte August in Fulda statt.

Die GdP Osthessen und die Kolleginnen und Kollegen werden Christian Krämer ein ehrendes Andenken bewahren.

GdP Osthessen



Christian Krämer



Herzlichen Dank

für die zahlreichen Beweise der Anteilnahme in Wort, Schrift, Kranz, Blumen und Geldspenden beim Heimgang meines lieben Mannes

Willi Piros († 23. Juli 2014)

Mein besonderer Dank gilt meiner ganzen Familie, unseren Freunden und Nachbarn, den Ersthelfern am Tatort, allen Kolleginnen und Kollegen der Polizei, dem Polizeipräsidenten und dem Innenminister, den Kolleginnen und Kollegen der Stadt Rüsselsheim, der Seelsorge, dem Weißen Ring, dem Bestattungsinstitut Engert-Gutwin und Sonjas Zaubergarten, den Eltern und Kindern der Kita Rheingauer Straße in Bauschheim, allen Bischofsheimer Bürgerinnen und Bürgern sowie all denen, die ihn auf seinem letzten Weg begleitet haben.

Sie alle haben gezeigt, was er uns bedeutet hat und welch wertvoller Mensch aus der Mitte unseres Lebens gerissen wurde. Im Namen aller Angehörigen

Natascha Piros
Bischofsheim, im August 2014



Gut, dass es sie gibt. Gewerkschaft der Polizei



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Stephan Lewandowski
Kreisgruppe PAST Baunatal
Gerda Drechsler
Peter Hess
Peter Moser
Thomas Ohl
Hannelore Schuhmann
Monika Walther
Bezirksgruppe Frankfurt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Jürgen Rath
Kreisgruppe PAST Baunatal
Walburga Elisabeth Beck
Jürgen Stohmann
Bezirksgruppe Frankfurt

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Herbert Wandschura
Bezirksgruppe Frankfurt

NACHRUFE

*Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen –
trauert um folgende verstorbene Kollegen:*

Dieter Böcher
Kreisgruppe HLKA
Karl Bauer
Kreisgruppe WSP
Adolf Edelmann
Kreisgruppe Untertaunus

Horst Nauk
Kreisgruppe Bad Homburg
Christian Krämer
Kreisgruppe Fulda

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

